

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXVII

§ 1. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen des Strafrechts

A. Der Regelungsgegenstand des Strafrechts	1
I. Der Begriff der Strafe	1
1. Die öffentlich-rechtliche Natur der Strafe	1
2. Die repressive Natur der Strafe	3
II. Die Unterscheidung der Kriminalstrafe von anderen staatlichen Strafen	4
1. Die Abgrenzung zu den Sanktionen des Ordnungswidrigkeitenrechts	4
2. Die Abgrenzung zu den Disziplinarmaßnahmen, Ordnungsmitteln und prozessualen Zwangsmitteln	6
B. Das strafrechtliche Regelungssystem	7
I. Die gesetzliche Regelung des materiellen Strafrechts	8
II. Die gesetzliche Regelung des Strafprozessrechts	9
III. Die gesetzliche Regelung des Jugendstrafrechts	9
C. Europäisches und Internationales Strafrecht	10
I. Europäisches Strafrecht	10
II. Völkerstrafrecht	14

§ 2. Der Zweck der Strafe

A. Die traditionellen Straftheorien	18
I. Die absolute Straftheorie (Kant, Hegel)	18
II. Die generalpräventive Theorie (Feuerbach)	20
III. Die spezialpräventive Theorie (v. Liszt)	22
B. Die Theorie positiver Generalprävention	24

§ 3. Das Schuldprinzip

A. Grundlagen	29
B. Das Erfordernis selbstbestimmten Verhaltens („formelles“ Schuldprinzip)	30
I. Der Begriff der Selbstbestimmungsfähigkeit	31
II. Verantwortlichkeit von Personenverbänden oder Unternehmen?	33
C. Das Erfordernis materiellen Unrechts (materieller Verbrechensbegriff)	35
I. Möglichkeit und Grenzen eines materiellen Unrechtsbegriffs	36
II. Der Begriff des Rechtsguts	37
III. Die verschiedenen Stadien des Rechtsgüterschutzes	38
IV. Die Legitimation der abstrakten Gefährdungsdelikte	39
V. Durchbrechungen des Rechtsgüterschutzprinzips	40
D. Das Erfordernis nachgewiesener Schuld (der Grundsatz „in dubio pro reo“)	42

§ 4. Das Gesetzlichkeitsprinzip und der Richtervorbehalt	
A. Das Gesetzlichkeitsprinzip: „nullum crimen, nulla poena sine lege“	46
I. Herkunft und Grundgedanke	46
II. Die einzelnen Ausprägungen des Gesetzlichkeitsprinzips	48
1. Das Erfordernis eines geschriebenen Gesetzes („lex scripta“)	48
2. Das Erfordernis eines hinreichend bestimmten Gesetzes („lex certa“)	49
a) Grund und Grenzen der Bestimmtheit	49
b) Die Relativierung des Bestimmtheitsgebots durch Rechtsprechung und Lehre	50
c) Die Bestimmtheit der Strafdrohung	53
3. Das Verbot einer Überschreitung des Gesetzeswortlautes („lex stricta“)	54
4. Das Erfordernis eines zur Zeit der Tat geltenden Gesetzes („lex praevia“)	57
III. Der Geltungsbereich des Gesetzlichkeitsprinzips	59
B. Der Richtervorbehalt	63
§ 5. Der zeitliche und räumliche Geltungsbereich der Strafgesetze	
A. Die zeitliche Geltung (§ 2 StGB)	64
1. Das Prinzip der Anwendung des mildesten Gesetzes	64
2. Die gesetzliche Bestimmung des Tatzeitpunkts	65
3. Die Sonderregelung für die Maßregeln der Besserung und Sicherung	66
B. Die räumliche Geltung des deutschen Strafrechts (§§ 3–7 StGB)	66
I. Grundlagen	66
II. Im Inland und auf deutschen Schiffen oder Luftfahrzeugen begangene Taten	68
III. Die Geltung des deutschen Strafrechts für Auslandstaten	69
1. Unabhängig vom Recht des Tatorts (§§ 5, 6 StGB, § 1 VStGB)	70
2. Geltung für Auslandstaten nach § 7 StGB	70
IV. Die Einschränkung der Verfolgungspflicht für Straftaten mit Auslandsberührungen	71
C. Die räumliche Geltung von Landesstrafrecht (interlokales Strafrecht)	71
§ 6. Die strafrechtlichen Rechtsfolgen	
A. Die Strafen	73
I. Die Freiheitsstrafe	73
1. Die Arten der Freiheitsstrafe	73
2. Die Aussetzung der Freiheitsstrafe zur Bewährung	74
3. Die Aussetzung eines Strafrestes zur Bewährung	75
II. Die Geldstrafe	77
III. Das Fahrverbot	78
IV. Die Bemessung und Auswahl der Strafen	78
B. Die übrigen Rechtsfolgen	81
I. Die Maßregeln der Besserung und Sicherung	81

II. Statusfolgen	85
III. Einziehung	86
§ 7. Einführung in die allgemeine Straftatlehre	
A. Gegenstand und Funktion der allgemeinen Lehre von der Straftat ..	89
B. Der Aufbau der Straftat	91
C. Die allgemeinen Formen der Straftat	93
I. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	93
II. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	94
III. Vollendung, Versuch und Vorbereitung	95
IV. Täterschaft und Teilnahme	95
D. Die Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen	96
§ 8. Der Aufbau des Tatbestands	
A. Die Handlung als Grundlage der Tatbestandsprüfung	98
I. Der Begriff der Handlung	98
II. Die Identität der Handlung	100
B. Die Unterscheidung von objektivem und subjektivem Tatbestand ..	101
C. Die Merkmale des objektiven Tatbestands	103
I. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte	103
II. Weitere Deliktseinteilungen	105
D. Die Merkmale des subjektiven Tatbestands	106
I. Der Tatbestandsvorsatz	106
II. Auf die Rechtsgutsverletzung gerichtete Absichten	106
III. Sonstige Beweggründe und sogenannte Gesinnungsmerkmale ..	107
§ 9. Die Kausalität der Handlung für den Erfolg	
A. Die Unterscheidung von Kausalität und objektiver Zurechnung ..	110
B. Der Begriff der Kausalität	111
I. „Conditio sine qua non“ oder „gesetzmäßige Bedingung“?	111
II. Die alternative Kausalität	113
III. Die Berücksichtigung hypothetischer Kausalverläufe	115
1. Beschreibung und Abgrenzung des Problems	115
2. Die Bestimmung der Identität des Erfolgs	117
3. Die Behandlung von Reserveursachen und Reservehandlungen	119
IV. Ergebnis	121
C. Die Feststellung der Kausalität	123
I. Die allgemeine Struktur der Kausalitätsfeststellung	123
II. Konsequenzen für typische Problemkonstellationen	124
1. Psychisch vermittelte Kausalität	124
2. Statistische Kausalitätsfeststellung	124
3. Die Feststellung hypothetischer Kausalverläufe	125
§ 10. Die objektive Zurechnung	
A. Begriff und allgemeine Voraussetzungen	126
B. Das rechtlich missbilligte Risiko	127

I.	Der Ausschluss unerheblicher Risiken	127
II.	Aufgrund überwiegender Interessen generell erlaubte Risiken ..	127
III.	Die Bewertung durch das Verhalten Dritter vermittelter Risiken	130
IV.	Durch Handlungen des Verletzten vermittelte Risiken	131
C.	Die Realisierung des rechtlich missbilligten Risikos	133
I.	Realisierung unerheblicher Risiken	134
II.	Realisierung aufgrund überwiegender Interessen generell erlaubter Risiken	134
III.	Realisierung durch Handlungen Dritter vermittelter Risiken ..	135
IV.	Realisierung durch Handlungen des Verletzten vermittelter Risiken	136
V.	Der sog. Pflichtwidrigkeitszusammenhang	138
D.	Das der Risikobeurteilung zugrunde zu legende Wissen	139

§ 11. Der Tatbestandsvorsatz

A.	Der Vorsatz als bewusste Entscheidung für das tatbestandliche Geschehen	142
I.	Die Unterscheidung zwischen Vorsatz und Unrechtsbewusstsein	142
II.	Die Handlung als maßgeblicher Entscheidungszeitpunkt	143
III.	Das für den Vorsatz erforderliche Verwirklichungsbewusstsein ..	145
B.	Die psychische Struktur des Vorsatzes	146
I.	Die Vorsatzformen	146
1.	Die Unterscheidung der verschiedenen Vorsatzformen	146
2.	Die rechtliche Bedeutung der Unterscheidung verschiedener Vorsatzformen	147
II.	Die Abgrenzung zwischen bedingtem Vorsatz und Fahrlässigkeit	149
1.	Erfordernis eines voluntativen Vorsatzelements?	149
2.	Notwendigkeit einer qualifizierten Möglichkeitsvorstellung?	151
3.	Die Feststellung des Vorsatzes	152
4.	Verzicht auf die Abgrenzung de lege ferenda?	153
III.	Alternativvorsatz	153
C.	Der Gegenstand des Vorsatzes	154
I.	Der Begriff des Tatbestandsirrtums	154
II.	Der Vorsatzinhalt bei „normativen Tatbestandsmerkmalen“ ..	155
III.	Der Vorsatzinhalt bei Blankettmerkmalen	156
IV.	Der Vorsatzinhalt bei die Tat bewertenden Merkmalen	157
D.	Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zum Vorsatz	158
I.	Abweichungen vom vorgestellten Kausalverlauf	159
II.	Der Irrtum über das Tatobjekt	163
1.	Error in persona vel objecto	163
2.	Die aberratio ictus	163
3.	Der Wechsel des Tatobjekts während der Tat	165

§ 12. Die Fahrlässigkeit

A.	Die Parallelität von Vorsatz und Fahrlässigkeit	167
I.	Fahrlässigkeit als Erkennbarkeit	167
II.	Die Notwendigkeit einer individuellen Beurteilung	168

III. Zeitpunkt der Erkennbarkeit	170
B. Die Voraussetzungen der Erkennbarkeit	171
I. Das notwendige Erfahrungswissen	171
II. Die notwendige Kenntnis der Tatsachenbasis	172
III. Die notwendige Zeit	173
C. Die Formen der Fahrlässigkeit	174
I. Die verschiedenen Grade der Fahrlässigkeit	174
II. Die sog. bewusste Fahrlässigkeit	174
D. Der Gegenstand der Fahrlässigkeit	175
E. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zur Fahrlässigkeit	175

§ 13. Überblick über die Rechtfertigungsgründe

A. Die Einteilung der Rechtfertigungsgründe	177
B. Die Rechtfertigung im Interesse des Betroffenen	177
I. Einwilligung	177
II. Mutmaßliche Einwilligung	179
III. Sorgerecht	180
C. Die Rechtfertigung im Interesse anderer oder der Allgemeinheit ..	181
I. Die Amtsrechte	181
II. Die Notrechte des Bürgers	181
1. Die Notwehr und die Besitzwehr	182
2. Der Defensivnotstand	182
3. Der Aggressivnotstand	183
4. Das Selbsthilferecht	183
5. Das Festnahmerecht	184

§ 14. Allgemeine Rechtfertigungslehre

A. Der Gegenstand der Rechtfertigung	186
I. Die Teilbarkeit des Rechtswidrigkeitsurteils	186
II. Die Handlung als alleiniger Bezugspunkt des Rechtswidrigkeitsurteils	187
B. Der Aufbau der Rechtfertigung	188
I. Der objektive Erlaubnistatbestand	188
1. Der tatsächlich vorliegende Sachverhalt als Grundlage der Beurteilung	188
2. Besonderheiten bei den Amtsrechten	190
II. Der subjektive Erlaubnistatbestand	191
1. Die Kenntnis der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen ..	191
2. Notwendigkeit einer besonderen Rechtfertigungsmotivation? ..	194
C. Der Irrtum über den Erlaubnistatbestand	195
I. Die Unkenntnis rechtfertigender Umstände	196
II. Die irrtümliche Annahme rechtfertigender Umstände	197
1. Begriff und Rechtsfolgen des Erlaubnistatbestandsirrtums ..	197
2. Die Abgrenzung zum Erlaubnisirrtum	199
D. Die Rechtfertigung beim fahrlässigen Delikt	201
I. Die Identität der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen ..	201
II. Die subjektiven Voraussetzungen der Rechtfertigung	202

§ 15. Einverständnis, Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung

A. Das tatbestandsausschließende Einverständnis	204
B. Die Einwilligung	205
I. Die Anforderungen an die Willensentscheidung des Betroffenen	205
1. Rechtsnatur und Zeitpunkt	205
2. Einwilligungsfähigkeit	206
3. Inhalt der Einwilligungsentscheidung	207
4. Die Bedeutung von Irrtümern	209
5. Die Bedeutung von Zwang	211
II. Die Verfügungsbefugnis des Betroffenen	213
1. Die Beschränkung auf Individualrechtsgüter	213
2. Die Beschränkungen bei Leben und körperlicher Unversehrtheit	213
C. Die mutmaßliche Einwilligung	216
D. Die sogenannte hypothetische Einwilligung	217

§ 16. Notwehr und Notwehrexzess

A. Die Notwehr	220
I. Überblick und Grundgedanke	220
I. Die Notwehrlage	221
1. Der Angriff	221
2. Die Rechtswidrigkeit des Angriffs	224
3. Die Gegenwärtigkeit des Angriffs	225
III. Die Anforderungen an die Verteidigungshandlung	227
1. Eingriff in Rechtsgüter des Angreifers	228
2. Eignung zur Abwendung des Angriffs	229
3. Mildestes Mittel zur Abwehr des Angriffs	229
IV. Die „sozialethischen Einschränkungen“ des Notwehrrechts	230
1. Allgemein geltende Einschränkungen des Notwehrrechts	231
2. Spezielle Einschränkungen für besondere Notwehrlagen	231
a) Schuldlose Angriffe	231
b) Provozierte Angriffe	232
c) Angriffe innerhalb enger Lebensgemeinschaften	233
V. Die Anwendbarkeit der Notwehr auf hoheitliches Handeln	234
B. Der Notwehrexzess	236
I. Grundgedanke	236
II. Der Anwendungsbereich der Regelung	237

§ 17. Rechtfertigender Notstand

A. Der Aggressivnotstand	239
I. Überblick	239
II. Die Notstandslage	239
1. Die Gefahr	239
2. Die Gegenwärtigkeit der Gefahr	240
III. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	241
1. Erforderlichkeit zur Abwehr der Gefahr	241
2. Wesentliches Überwiegen der geschützten Interessen	242

a)	Die in die Abwägung einzubeziehenden Interessen	242
b)	Struktur und Gewichtung der abzuwägenden Interessen .	243
c)	Die stets geltende Opfergrenze	243
3.	Angemessenheit der Tat	245
	a) Die Verbindlichkeit von Kompetenzen und Verfahren .	245
	b) Die Problematik des Nötigungsnotstands	245
B.	Der Defensivnotstand	247
	I. Die Notstandslage	247
	1. Die einer Person objektiv zurechenbare Gefahr . .	247
	2. Die Gegenwärtigkeit der Gefahr	248
	II. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	249
	1. Eingriff in Rechtsgüter des Verantwortlichen	249
	2. Erforderlichkeit zur Abwehr der Gefahr	250
	3. Kein wesentliches Überwiegen der beeinträchtigten	
	Interessen	250
	4. Angemessenheit	251
C.	Beim Notstand auftretende allgemeine Probleme der Notrechte .	252
	I. Anwendbarkeit des Notstands auf hoheitliches Handeln? .	252
	II. Die Notstandsprovokation	253
	III. Der Notstandsexzess	253

§ 18. Die Schuldfähigkeit

A.	Grundgedanke und gesetzliche Regelung	255
	I. Die Schuldfähigkeit als Selbstbestimmungsfähigkeit .	255
	II. Die gesetzliche Regelung im Überblick	255
	1. Schuldunfähigkeit wegen fehlender Reife	255
	2. Schuldunfähigkeit wegen psychischer Störungen	256
B.	Die Regelung der §§ 20, 21 StGB	256
	I. Die Eingangsmerkmale	256
	II. Einsichts- und Steuerungsfähigkeit	258
	1. Die Entstehung der heutigen gesetzlichen Beschreibung der	
	Schuldfähigkeit	258
	2. Die Untauglichkeit der gesetzlichen Beschreibung der	
	Schuldfähigkeit	258
	3. Die Schuldfähigkeit als Fähigkeit zu einem verständigen	
	Entscheidungsprozess	260
	III. Die Feststellung der Schuldfähigkeit	261
C.	Die actio libera in causa	262
	I. Problem und grundsätzliche Lösungsmodelle	262
	II. Die Strafbarkeit der actio libera in causa bei den Erfolgsdelikten	264
	1. Der Einwand fehlender Kausalität	264
	2. Der Einwand fehlenden Verwirklichungsbewusstseins .	264
	3. Ergebnis und Folgerungen	265

§ 19. Die Möglichkeit zur Unrechtseinsicht

A.	Entstehung und Grundgedanke des § 17 StGB	267
B.	Der Begriff des Verbotsirrtums	268

I.	Der Gegenstand des Unrechtsbewusstseins	268
II.	Die Teilbarkeit des Unrechtsbewusstseins	268
III.	Zweifel an der Rechtswidrigkeit	269
IV.	Das Unrechtsbewusstsein beim fahrlässigen Delikt	269
C.	Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	270
	I. Die Maßgeblichkeit des eigenen rechtlichen Wissens	270
	II. Der Stellenwert fachkundiger Auskünfte	271
D.	Besonderheiten beim Handeln auf dienstliche Weisung	271
	I. Die allgemeine beamtenrechtliche Regelung	271
	II. Die Sonderregelung für Vollzugsbeamte	272

§ 20. Die Zumutbarkeit

A.	Der entschuldigende Notstand (§ 35 StGB)	273
	I. Der Grundgedanke der Regelung	273
	II. Die Notstandslage	275
	1. Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit	275
	2. Gegenwärtigkeit der Gefahr	276
	III. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	276
	1. Die Person des Handelnden	276
	2. Sachliche Voraussetzungen	277
	IV. Besondere Duldungspflichten	277
	1. Verursachung der Notstandslage	277
	2. Besonderes Rechtsverhältnis	278
	3. Sonstige Fälle	279
	V. Subjektiver Entschuldigungstatbestand und Irrtum	279
	1. Der subjektive Entschuldigungstatbestand	279
	2. Der Entschuldigungstatbestandsirrtum	280
	3. Der Entschuldigungsirrtum	281
B.	Weitere Entschuldigungsgründe?	281
	I. Entschuldigung bei Gefährdung anderer Rechtsgüter?	282
	1. Gewissensnot (Art. 4 GG)	282
	2. Sonstige Notlagen	283
	II. Entschuldigung anderer als nahestehender Personen?	284

§ 21. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen

A.	Strafausschließungsgründe und Bedingungen der Strafbarkeit	286
B.	Als Bedingungen der Strafbarkeit ausgestaltete Unrechtsmerkmale	287
C.	Als Strafausschließungsgründe ausgestaltete Entschuldigungsgründe	290
D.	Abhängigkeit der Strafverfolgung vom Willen des Verletzten	291
	I. Strafantrag	291
	II. Ermächtigung und Strafverlangen	292
E.	Zeitliche Voraussetzungen von Verfolgung und Vollstreckung	292
	I. Verfolgungsverjährung	292
	II. Vollstreckungsverjährung	293
F.	Die (prozessuale) Abschichtung geringfügigen Unrechts	294

§ 22. Das Unterlassungsdelikt

A.	Die Regelung des § 13 StGB	298
B.	Die Abgrenzung zwischen Begehungs- und Unterlassungsdelikten	300
I.	Die Unterscheidung von Handeln und Unterlassen	300
II.	Der Vorrang des Handelns vor dem Unterlassen	303
III.	Die Begehung von Unterlassungsdelikten durch positives Tun	305
C.	Das Unterlassen der Erfolgsabwendung	305
I.	Der Begriff der Unterlassung	305
II.	Die Kausalität der Unterlassung	306
III.	Die objektive Zurechnung des Erfolgs zur Unterlassung	309
D.	Die Verpflichtung zur Erfolgsabwendung	309
I.	Überwachergaranten	309
1.	Aus einer gegenwärtigen Herrschaftsbefugnis resultierende Pflichten	309
2.	Aus einem gefahrbegründenden Vorverhalten resultierende Pflichten	311
3.	Übernahme einer Überwachungsfunktion	314
II.	Beschützergaranten	315
1.	Familiäre Verbundenheit	315
2.	Amtliche Schutzpflichten	317
3.	Übernahme einer Schutzfunktion	317
E.	Der subjektive Tatbestand des Unterlassungsdelikts	321
F.	Die Rechtfertigung des Unterlassungsdelikts	322
I.	Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung	322
II.	Rechtfertigender Notstand	323
1.	Der Regelfall des Defensivnotstands	323
2.	Der Ausnahmefall des Aggressivnotstands	324
3.	Die sogenannte Zumutbarkeit als Anwendungsfall des rechtfertigenden Notstands	325
III.	Die rechtfertigende Pflichtenkollision	326
G.	Die Schuld des Unterlassungsdelikts	329

§ 23. Versuch und Vorbereitung

A.	Der Versuch	332
I.	Der Strafgrund des Versuchs	332
II.	Die gesetzliche Regelung der Versuchsstrafbarkeit	334
1.	Beschränkung auf bestimmte Delikte	334
2.	Fakultative Strafmilderung und Rücktrittsmöglichkeit	335
3.	Die Unternehmensdelikte	336
III.	Der Aufbau der Versuchsprüfung	337
IV.	Die Voraussetzungen des Tatentschlusses	338
1.	Der Inhalt des Tatplans – Abgrenzung zum Wahndelikt	339
2.	Die Entschlossenheit zur Verwirklichung des Tatplans	342
V.	Das unmittelbare Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	343
1.	Die Bestimmung des tatbestandlichen Verhaltens	343
2.	Die Unmittelbarkeit des Ansetzens	348
B.	Vorbereitung	351

I.	Formelle Vorbereitungsstrafbarkeit	351
II.	Materielle Vorbereitungsstrafbarkeit	352

§ 24. Der Rücktritt vom Versuch

A.	Grundlagen	355
	I. Die Gründe der Straffreiheit	355
	II. Die Rechtsnatur und die Rechtsfolgen des Rücktritts	357
B.	Der Rücktritt nach § 24 I 1 Var. 1 StGB	359
	I. Das Aufgeben der weiteren Tatausführung	359
	1. Unvollständigkeit der bisherigen Tatausführung (Abgrenzung zum beendeten Versuch)	360
	a) Maßgeblichkeit des einzelnen Ausführungsakts	360
	b) Maßgeblichkeit der Tätervorstellung	362
	2. Möglichkeit weiterer Tatausführung (Abgrenzung zum fehlgeschlagenen Versuch)	363
	3. Das Erfordernis eines endgültigen Aufgebens	365
	4. Das Aufgeben beim Unterlassungsdelikt	365
	II. Die Freiwilligkeit	366
	1. Der Begriff der Freiwilligkeit	366
	2. Freiwilliges Aufgeben der Tatausführung	368
	3. Unfreiwilliges Aufgeben der Tatausführung	369
	a) Wesentlich erhöhte Kosten der Tat	369
	b) Entfallener oder wesentlich verminderter Nutzen der Tat	370
	c) Eintritt von Selbstbestimmungsunfähigkeit	371
	III. Das freiwillige Aufgeben der weiteren Tatausführung beim vollendeten Delikt	372
C.	Der Rücktritt nach § 24 I 1 Var. 2 und S. 2 StGB	373
	I. Das systematische Verhältnis von § 24 I 1 Var. 2 und § 24 I 2 StGB	373
	II. Das ernsthafte Bemühen um Verhinderung der Vollendung ..	374
	1. Durch aktives Tun	374
	2. Durch Unterlassen	376
	III. Die Freiwilligkeit	378
	D. Das systematische Verhältnis der beiden Rücktrittsalternativen	379

§ 25. Die Grundstruktur der Beteiligungsformen

A.	Überblick	382
B.	Die Struktur der mittelbaren Täterschaft	384
	I. Die mittelbare Erfolgsverursachung	384
	II. Ausdehnung auf verhaltensgebundene Delikte?	385
	III. Besondere Pflichtenstellungen	386
	IV. Weitere Strafbarkeitsvoraussetzungen	386
C.	Die Struktur der Mittäterschaft	387
	I. Zurechnung gemeinschaftlichen Handelns	387
	II. Persönlich zu erfüllende Strafbarkeitsvoraussetzungen	388
	1. Besondere Pflichtenstellungen	388
	2. Subjektive Strafbarkeitsvoraussetzungen	389

III.	Die Möglichkeit isolierter Mittäterschaft	390
D.	Struktur und Funktion der Teilnahme	390
	I. Akzessorietät und Strafgrund der Teilnahme	390
	II. Besondere persönliche Merkmale	393
	1. Die Systematik des § 28 StGB	393
	a) Strafbegründende Merkmale (§ 28 I StGB)	393
	b) Strafmodifizierende und -ausschließende Merkmale (§ 28 II StGB)	394
	2. Der Begriff des besonderen persönlichen Merkmals	396
	a) Besondere Pflichtenstellungen	397
	b) Besondere Beweggründe	398

§ 26. Die Mittäterschaft

A.	Die Gemeinschaftlichkeit des Handelns	402
	I. Der verbindende Tatplan („gemeinsamer Tatentschluss“)	402
	II. Die Möglichkeit der Verbindung bei den Fahrlässigkeitsdelikten	403
	III. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Handlung	405
	IV. Die Ausgrenzung von Exzesshandlungen	406
	V. Die sukzessive Mittäterschaft	407
B.	Das erforderliche Maß der Beteiligung	407
	I. Die subjektive Täterlehre	408
	1. Die Dolustheorie	408
	2. Die Interessentheorie und die heutige Rechtsprechung	409
	II. Die Tatherrschaftslehre	410
	III. Tatherrschaft aufgrund interner Entscheidungszuständigkeit	412
	IV. Mittäterschaft aufgrund von normativer Entscheidungszuständigkeit	414
C.	Der subjektive Tatbestand der Mittäterschaft	416
D.	Mittäterschaft und Unterlassen	416
	I. Gemeinschaftliches Unterlassen	416
	II. Beteiligung an einem Unterlassungsdelikt durch Handeln	417
	III. Beteiligung an einem Begehungsdelikt durch Unterlassen	417
E.	Der Aufbau einer Mittäterschaftsprüfung	418

§ 27. Die mittelbare Täterschaft

A.	Die Notwendigkeit eines Willensmangels des Tatmittlers	421
B.	Das aufgrund eines Irrtums handelnde Werkzeug	422
	I. Die unterschiedlichen Irrtümer	422
	1. Das tatbestandliche Unrecht ausschließende Irrtümer	422
	2. Schuld- und strafzumessungsrelevante Irrtümer	424
	3. Sonstige Irrtümer	425
	II. Notwendigkeit einer Täuschung?	426
	III. Irrtümliche Selbstschädigung	427
C.	Das unter rechtswidrigem Zwang handelnde Werkzeug	428
	I. Intensität des Zwangs	429
	1. Rechtfertigender Zwang	429
	2. Entschuldigender Zwang	429

3. Sonstiger rechtswidriger Zwang	429
II. Verantwortlichkeit für den Zwang	430
III. Erzwungene Selbstschädigung	431
D. Das in seiner Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigte Werkzeug	432
I. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund psychischer Krankheit	432
II. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund fehlender Reife ..	433
E. Werkzeuge ohne Willensmängel?	434
I. Austauschbares Werkzeug?	434
II. Ohne eine erforderliche Absicht handelndes Werkzeug?	435
III. Ohne Täterqualifikation handelndes Werkzeug?	436
F. Der subjektive Tatbestand der mittelbaren Täterschaft	436
G. Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen	438

§ 28. Die Teilnahme

A. Die teilnahmefähige Haupttat	440
I. Der Begriff der rechtswidrigen Tat	440
II. Der Begriff der vorsätzlichen Tat	440
1. Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen als Haupttat	440
2. Im Erlaubnistatbestandsirrtum begangene Haupttat	441
III. Ungeschriebene Anforderungen an die Haupttat	442
B. Die Anstiftung	444
I. Das Verursachen des Tatentschlusses	444
1. Begriff und Feststellung der Kausalität	444
2. Die Identität des Tatentschlusses	446
II. Die Anstiftungshandlung	447
1. Der Rat zur Begehung der Tat	447
2. Bestimmtheit des erteilten Rates	448
3. Abweichung von dem erteilten Rat	449
III. Der subjektive Tatbestand der Anstiftung	450
C. Die Beihilfe	453
I. Der Begriff des Hilfeleistens	453
II. Die Abgrenzung zum versuchten Hilfeleisten	455
III. Besondere Formen der Hilfeleistung	456
1. Die psychische Beihilfe	456
2. Beihilfe durch Alltagshandlungen	457
3. Sukzessive Beihilfe	459
D. Der subjektive Tatbestand der Beihilfe	460
E. Beihilfe durch Unterlassen	461

§ 29. Versuch und Vorbereitung bei mehreren Tatbeteiligten

A. Versuchte mittelbare Täterschaft	463
B. Beteiligung am Versuch	465
I. Versuchte Mittäterschaft	465
1. Die versuchte Mittäterschaft als täterschaftliche Beteiligung am Versuch	465
2. Der Beginn des Versuchs der gemeinsamen Tat	466

3. Der Aufbau der versuchten Mittäterschaft	468
II. Die Teilnahme am Versuch	468
III. Der Rücktritt von der Beteiligung am Versuch (§ 24 II StGB)	469
1. Der Ausschluss des Rücktritts durch Aufgeben der weiteren Tatausführung	470
2. Der Rücktritt bei einer vom Tatbeitrag unabhängigen Vollendung	471
3. Die Abgrenzung zu der Regelung des § 24 I StGB	472
C. Versuch der Beteiligung (§§ 30, 31 StGB)	472
I. Ursprung und Grundgedanke des § 30 StGB	472
II. Die einzelnen Beteiligungshandlungen	473
1. Versuchte Anstiftung zum Verbrechen (§ 30 I und II Var. 2 StGB)	473
2. Verabredung eines Verbrechens (§ 30 II Var. 3 StGB)	475
3. Bereiterklären zu einem Verbrechen (§ 30 II Var. 1 StGB)	477
III. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung (§ 31 StGB)	478
§ 30. Die echte Konkurrenz (Tateinheit und -mehrheit)	
A. Begriff und Funktion der Konkurrenzlehre	481
B. Die gesetzliche Regelung der §§ 52–55 StGB	482
I. Die Tatmehrheit	482
II. Die Tateinheit	483
III. Reformüberlegungen	484
C. Die Unterscheidung zwischen Tateinheit und Tatmehrheit	485
I. Eine Handlung im natürlichen Sinne	485
II. Tatbestandliche Handlungseinheit	486
III. Natürliche Handlungseinheit	488
1. Bei mehrmaliger Verwirklichung des gleichen Tatbestands	488
2. Bei Verwirklichung unterschiedlicher Tatbestände	488
3. Zwischen Handeln und Unterlassen	489
D. Die fortgesetzte Tat	490
E. Hinweise für die Fallbearbeitung	491
§ 31. Die scheinbare Konkurrenz (Gesetzeseinheit)	
A. Grundgedanke und Überblick	492
B. Die Funktionen der Gesetzeseinheit	492
C. Die Erscheinungsformen der Gesetzeseinheit	493
I. Die Spezialität	493
II. Die Subsidiarität	495
III. Die Konsumtion	497
IV. Die gleichartige Gesetzeseinheit	499
Allgemeine Hinweise zu den Aufbauschemata	503
Verzeichnis der Aufbauschemata	504
Sachverzeichnis	505